

AStA-Sanierung

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Der Allgemeine Studierendenausschuss wird beauftragt in einem Kostenrahmen von 9000 Euro die Räumlichkeiten der verfassten Studierendenschaft in der Raumnutzung neu aufzuteilen und neu zu möblieren, um eine repräsentative und den Bedürfnissen einer verfassten Studierendenschaft angemessene Raumausstattung zu gewährleisten.

Im Rahmen der Neugestaltung der Räumlichkeiten der Studierendenschaft sollen insbesondere folgende Aspekte einfließen:

1. Die Schaffung eines Sitzungsraums, in dem Ausschuss-Sitzungen stattfinden können,
2. eine Neumöblierung des Raums für die Rechts- und psychologische Beratung, die sowohl den therapeutischen Anforderungen gerecht wird, als auch dem Bedarf der Rechtsberatung via Internet auf Gesetzestexte zuzugreifen,
3. die Erneuerung von Schreibtischen, um im Rahmen der räumlichen Umstrukturierung des AStAs auch weiterhin genügend Arbeitsplätze vorhalten zu können und eine repräsentative Atmosphäre zu schaffen,
4. die Anschaffung von neuen Bürostühlen, um der extrem maroden Stuhlsubstanz zu begegnen und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten,

In einem zweiten Sanierungsabschnitt soll der Allgemeine Studierendenausschuss neue Schränke und Regale anschaffen, um den Bedürfnissen des Datenschutzes, der AStA-Referate und einer effizienten Raumnutzung zu entsprechen. Auch soll im AStA-Büro eine Theke entstehen, um praktischen und repräsentativen Bedürfnissen zu entsprechen.

Dieser zweite Sanierungsabschnitt soll an einen Betrieb vergeben werden, der speziell sozialbenachteiligte Jugendliche in ihrer Berufsausbildung fördert. Der AStA soll diesen Sanierungsabschnitt vorbereiten und entweder freihändig vergeben, sofern dessen Gesamtkosten voraussichtlich unter 3000 € liegen, oder dem Studierendenparlament zum Beschluss vorlegen.

Begründung:

Derzeit ist es nicht möglich im AStA Sitzungen abzuhalten, die in einer angemessenen Arbeitsatmosphäre stattfinden. Während AStA-Sitzungen ist es regelmäßig nicht die Ausnahme, sondern die Regel, dass mindestens die Hälfte der anwesenden Referentinnen und Referenten in zweiter Reihe sitzen müssen. Selbst der Platz auf einem Stuhl ist während gut besuchten Sitzungen oftmals nicht selbstverständlich. Dies hat seinen Hintergrund zum Einen in dem Nichtvorhandensein eines Sitzungsraums mit den dazugehörigen Platzproblemen. Zum Anderen aber auch in dem Umstand, dass einige Bürostühle sich in einem so maroden Zustand befinden, dass ein Kippen des Stuhls durch fehlende Rollen die Verkehrssicherheit gefährden und somit eine Gefahrenquelle darstellen, oder die Stabilität der Stuhllehnen alles andere als

Vertrauenserweckend ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass im AStA auch häufig Publikumsverkehr stattfindet, sei es von Antragstellern auf AStA-Sitzungen oder im Rahmen von Beratungsgesprächen. Die marode Substanz nicht nur der Stühle, sondern auch der Schreibtische, ist schädlich für jede Außenwirkung. Insbesondere wenn AStA-Referate externe Personen zu Fachgesprächen einladen, ist das äußere Erscheinungsbild der AStA-Räumlichkeiten für eine seriöse Wahrnehmung der Studierendenschaft durch externe Personen und Organisationen alles andere als zuträglich. Eine Neumöblierung wäre allein aufgrund dieses Aspektes schon gerechtfertigt.

Da jedoch ein Raum des AStA zum Sitzungsraum ausgebaut werden soll, ist eine Neumöblierung zusätzlich notwendig, weil ansonsten die ohnehin schon geringe Anzahl an Arbeitsplätzen weiter reduziert werden müsste.

Dringender Handlungsbedarf besteht aber auch bezüglich der Kapazität abschließbarer Schränke. Solche sind im AStA fast gar nicht vorhanden oder zu groß, um von einem Referat alleine genutzt zu werden. Hieraus können leicht gravierende Defizite aus der Perspektive des Datenschutzes resultieren, wenn beispielsweise Akten mit personenbezogenen Daten nicht mehr nichtöffentlich verstaut werden können.

Als öffentlicher Auftraggeber möchten wir bei der Auftragsvergabe zudem mit gutem Beispiel vorangehen und soziale Aspekte mit in die Auftragsvergabe einbeziehen. Die Bevorzugung von Betrieben, die sozialbenachteiligte Jugendliche in ihrer Ausbildung unterstützen, erscheint uns als Interessensvertretung an einer Bildungsinstitution wie der Universität, nur mehr als angemessen und passend.